

Rechtsanwaltskammer Berlin

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer
Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon +49 30 / 24 00 93 01
Telefax +49 30 / 24 00 92 60
sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 11. August 2021

Betr. Wahlprüfstein der Rechtsanwaltskammer Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins der Rechtsanwaltskammer Berlin. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

1.) Welches sind Ihre wichtigsten Ziele auf dem Gebiet der Rechtspolitik in der kommenden Legislaturperiode?

Im Großen und Ganzen wollen wir die unerledigten Aufgaben der laufenden Legislaturperiode zu Ende bringen. Insbesondere wollen wir:

- Die Gerichtsstruktur in Berlin modernisieren. Dazu wollen wir die durch den Bundesgesetzgeber neu geschaffene Möglichkeit, fachlich getrennte Landgerichte zu schaffen, nutzen und das Landgericht Berlin in zwei Zivil- und ein Strafrechtsgericht aufteilen.
- Die Verbesserung der Raumsituation in der Justiz z.B. durch den neuen Standort für das VG in Schöneberg, die dadurch freiwerdenden Räume am Campus Moabit und Schaffung des neuen AG Marzahn-Hellersdorf.
- Die Justizvollzugsgesetze weiter modernisieren. Hier wollen wir weiter daran arbeiten, dass Ersatzfreiheitsstrafen weniger angewandt werden müssen und den Aspekt der Resozialisierung weiter stärken, indem wir den offenen Vollzug als Regelform definieren.
- Die Personal- und Ausstattungsverbesserung im Justizvollzug und den Gerichten muss weiter fortgeschrieben werden bis wir ein gutes und nicht nur ein ausreichendes Niveau erreichen.
- Die Digitalisierung muss weiter vorangetrieben werden. Hier wollen wir innerhalb der kommenden Legislatur mindestens eine vollständige Digitalisierung der Aktenführung erreichen.
- Wir wollen den Kampf gegen die organisierte Kriminalität und insbesondere die Bekämpfung der Geldwäsche auf dem Immobiliensektor intensivieren. Hierzu wollen wir die

entsprechenden Dezernate in der StA und das Finanzamt für Fahndung und Strafsachen sowie das LKA personell stärken.

2.) In den bisher vorliegenden Wahlprogrammen sind Ankündigungen zur Rechtspolitik nur ein Randthema. Welchen Stellenwert haben rechtspolitische Fragen für Sie?

Wahlprogramme dürfen nicht endlos lang werden, damit sie einigermaßen nachvollziehbar bleiben. Daher müssen einzelne Themenfelder nach ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung und dem Stellenwert innerhalb der einzelnen Parteien priorisiert dargestellt werden. Die Justizpolitik ist innerhalb der LINKEN Berlin ein wichtiger Teilbestandteil unserer Bürger- und Freiheitsrechtspolitik. Diese verstehen wir als ressortübergreifend.

3.) Während der Corona-Pandemie kam es an den Berliner Gerichten nur vereinzelt zu Videoverhandlungen. Wollen Sie dies ändern, gegebenenfalls wie und bis wann?

Die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für Videoverhandlungen bestehen an allen Berliner Gerichten. Diese müssen noch intensiver genutzt werden. Die Entscheidung darüber treffen die jeweils verfahrensleitenden Richter*innen in richterlicher Unabhängigkeit. Daher bleibt als einziger Ansatz hier zu einer Steigerung zu kommen, weitere Qualifizierung und Werbung für diese Möglichkeiten. Eine besondere Herausforderung wird die rechtzeitige Einführung der E-Akte insbesondere in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sein.

4.) Die Anwaltschaft wird ab 1. Januar 2022 verpflichtet sein, das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) auch aktiv zu nutzen. In welchem Umfang und ab wann wollen Sie die Gerichte in Berlin in die Lage versetzen, am elektronischen Rechtsverkehr gegenüber den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten auch aktiv teilzunehmen?

So schnell wie möglich. Die ersten Gerichte in Berlin nehmen bereits aktiv am elektronischen Rechtsverkehr teil, die anderen werden spätestens mit der flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte dazu in die Lage versetzt.

5.) In der ablaufenden Legislaturperiode kam es beim Kammergericht zu einem umfangreichen und dauerhaften IT-Ausfall, der auch erhebliche Nachlässigkeiten beim Datenschutz offenlegte. Wie wollen Sie verhindern, dass sich ein solcher Ausfall an einem der Berliner Gerichte wiederholt?

Hauptursache des Ausfalls am Kammergericht waren dessen technisch-organisatorische Besonderheiten. Diese Probleme wurden bereits abgestellt, so dass jetzt bei allen Berliner Gerichten ein einheitliches Daten-Sicherheitsniveau besteht. Wir sind zuversichtlich, dass die Berliner Justiz in enger Zusammenarbeit mit dem ITDZ und anderen Dienstleister*innen zukünftig weniger angreifbar ist und mindestens die Sicherheitsanforderungen des BSI erfüllt.

6.) Seit Anfang 2020 wird über die Struktur des Landgerichts diskutiert: Soll jeder der drei Standorte Littenstraße, Tegeler Weg und Turmstraße zu einem eigenen Landgericht werden und sollen damit die bisherigen für ganz Berlin gebündelten

**Zuständigkeiten an den Zivilkammern entfallen? Oder soll es dagegen ein
Justizzentrum geben, in dem alle drei Teile des Landgerichts untergebracht sind?
Welche Pläne verfolgen Sie?**

Siehe oben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Koch', written in a cursive style.

Sebastian Koch